

Protokoll Thementisch „Studie 50 und älter in Marzahn-Hellersdorf 2015“, Vorstellung durch Mitautorin Frau Dr. Haupt

Herr Holzmann stellt Frau Dr. Haupt vor und dankte für ihre Bereitschaft ihre Studie vorzustellen. In seinen einführenden Worten legte er dar, wie wichtig diese Analyse für weitere politische Entscheidungen im Bezirk ist. Auf Grundlage der wichtigsten Zahlen zur Veränderung in der Altersstruktur in den Wohn- und Siedlungsgebieten, auch unter Beachtung der historischen Entwicklung im Bezirk, orientierte er auf zukünftige Handlungsfelder. Einen besonderen Schwerpunkt sah er im Hinblick auf die Menschen mit Behinderungen. Im Bezirk leben rund 48.000 Menschen mit Behinderung, der größte Teil also rund 37.000 Menschen mit Behinderung gehört zur Altersklasse 55 plus.

Dr. Haupt dankte der Koordinierungsstelle Inklusion für die Einladung um hier ihre Studie 50+ vorstellen zu können. Diese Studie wird alle 5 Jahre erhoben. Sie dient der öffentlichen Planung im Bereich der Altenhilfe und um in allen übrigen Lebensbereichen aktuelles Zahlenmaterial zu erhalten. Der Auftrag war nicht auf eine Behindertenstudie ausgerichtet. Das Zahlenmaterial hat jedoch ergeben, dass es wichtig ist Fragen der Behinderung von Menschen in die Betrachtung mit einzubeziehen. Daraus ergeben sich wichtige Handlungsempfehlungen für die künftigen Planungen im Bezirk.

In der Studie wurden wesentliche Hinweise zum demografischen Wandel und viele strukturelle Veränderungen in der Sozialstruktur vorgefunden. Völlig veränderte Rahmenbedingungen bei der Gestaltung des selbstbestimmten Wohnens im Alter wurden festgestellt, daraus ergeben sich neue Erfordernisse bei der Gestaltung des selbstbestimmten Wohnens im Alter. Das betrifft alle Lebensbereiche wie die Infrastruktur, Verkehr, Gesundheitsversorgung, Kultur usw. Im Wesentlichen geht es um die soziale Teilhabe älterer Menschen im Bezirk.

Zur Studie wurden insgesamt 10.000 Leute befragt. Leider ist der Rücklauf eher bescheiden ausgefallen. Nur 1657 Fragebögen wurden zur Auswertung zurückgeschickt. Das bedeutet, dass die Studie ist auf der Grundlage von rund 16% der Befragten Menschen ausgerichtet ist. Gemessen an anderen Befragungen von großen Instituten ist der Rücklauf mit 16 % ein gutes Ergebnis. Die Bürger in Marzahn-Hellersdorf haben gut mitgemacht. Der Fragebogen umfasste 20 Seiten und es dauerte etwa 2 Stunden, die Fragen zu Beantworten.

Im Ergebnis wurde festgestellt, dass die Gruppe ab 50 Jahre prognostisch bis 2030 mit ca. 45% gleichbleiben wird. Dagegen wird die Gruppe der 65 bis 75 Jährigen und die Gruppe der 75 bis 85 Jährigen stark ansteigen. Die Gruppe der über 85 Jährigen wird sich sogar verdoppeln. Hieraus ergeben sich starke Veränderungen in den Bedürfnissen der Menschen. Die Gruppe der Menschen mit Behinderungen wird sich besonders stark entwickeln.

Aus der Studie ergibt sich, dass es einen Wandel in der Haushaltsstruktur gibt. Während weibliche Einpersonenhaushalte etwa mit der gleichen Anzahl wie zuvor festgestellt wurden, haben die männlichen Einpersonenhaushalte um 11% zugenommen. Daraus ergibt sich ein besonderer Unterstützungs- und Beratungsbedarf für die alleinlebenden Männer in Einpersonenhaushalten. Die 2 Personenhaushalte sind immer noch dominierend, 3 und Mehrpersonenhaushalte nehmen stark ab, wogegen die Einpersonenhaushalte in der Zukunft stark ansteigen werden.

Allein lebende Menschen müssen in Zukunft mehr in den Mittelpunkt gestellt werden, wobei die Frage nach einer Behinderung von besonderer Bedeutung ist.

In den vergangenen 15 Jahren hat sich eine Umschichtung in der Qualifikationsstruktur ergeben. Der Anteil von Menschen mit Hoch oder Fachschulabschluss ist von 58% auf 36% gefallen. Dagegen hat sich der Anteil der Menschen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung von 28% auf mehr als 50% erhöht. Daraus ergeben sich Veränderungen in den Angeboten für ältere Menschen, die den vorgenannten Veränderungen Rechnung tragen.

Die Arbeitslosigkeit hat sich in den vergangenen Jahren abgebaut. Allerdings ist die Langzeitarbeitslosigkeit auf hohem Niveau geblieben, hier ist die Politik gefordert zu handeln.

Im Bezirk gibt es eine Polarisierung in den Einkommensverhältnissen. Die Einkommen sind je nach der beruflichen Entwicklung, sehr unterschiedlich. Einerseits gibt es wohl situierte sozial abgesicherte Menschen, andererseits gibt es einen erheblichen Teil von Menschen, die durch Arbeitslosigkeit, Migration und Behinderung in prekäre Lagen gekommen sind. Diese Situation muss von der Politik erkannt werden, um die finanziellen Mittel und Ressourcen dort einzusetzen wo sie am notwendigsten sind. Es gibt im Bezirk ein Gefälle von Nord nach Süd und von Ost nach West. Die größten Probleme gibt es in den Bereichen Marzahn-Nord, Hellersdorf Nord und Ost sowie Marzahn Mitte. Das sind die ersten Schlussfolgerungen, die wir aus den Veränderungen gezogen haben.

Die Erwerbsbeteiligung in der Altersgruppe 50 bis 65/66 Jahre hat sich in den vergangenen Jahren durch Abbau der Arbeitslosigkeit verbessert. Allerdings haben 35% der Menschen mit Behinderung nur Erwerbsbeschäftigungen, die nicht existenzsichernd sind. Dagegen sind 80% der Menschen ohne Behinderung in Beschäftigung, wo sie mehr oder weniger ihre Existenz sichern können.

Die Unterschiede in der Möglichkeit die normalen Bedürfnisse zu befriedigen stellen sich wie folgt dar. 50% der Menschen ohne Behinderung und 38% der Menschen mit Behinderung halten es für möglich, dass sie ihre Bedürfnisse befriedigen können. Einschränkungen in der Bedürfnisbefriedigung geben 32% der MoB und 34% der MmB an. Dagegen berichtet 22% der MmB und 7% der MoB dass sie ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können. 7% Befragten haben diese Frage nicht beantwortet, was auch gewisse Schlussfolgerungen vermuten lassen. Bei den Einkommen ergeben sich folgende Unterschiede: Das durchschnittliche Einkommen bei MoB wird mit 2.100,00 € und bei MmB mit 1.800,00 € angegeben. Bei den Einkommen zeigt sich, dass Behinderung ein wesentlicher Faktor ist um in die Armut zu fallen. Dauerhafte Behinderung bedeutet ein Leben in Grundsicherung. Auch bei den Erwerbsminderungsrenten zeigt sich, dass nur Renten in Höhe von 500,00 – 600,00 € erreicht werden, was als wesentlicher Armutsfaktor gilt.

In den Jahren von 2006 bis zum Jahr 2015 ist der Anteil der Grundsicherungsempfänger um 200% gestiegen. Der größte Anstieg ist bei den Menschen, die wegen voller Erwerbsminderung Grundsicherung erhalten. Auch hier ergibt sich eine Forderung an die Politik entsprechend zu reagieren. Gefragt sind Beratungsangeboten und Vorhalten von Hilfen für die Familien.

Die Rentenentwicklung seit dem Jahr 2000 ist durch Rentenreformen wesentlich eingeschränkt, so dass das Rentenniveau bei den 65 Jährigen stark gefallen ist. Dabei haben MmB die größten Einbußen. Während die Renten bei MoB um 108,00 € zurückgegangen sind, sind die Renten bei MmB um 200,00 € zurückgegangen. Deswegen leben Menschen mit Behinderung häufiger in Armutsverhältnissen. Daraus erwächst das Erfordernis, dass die Bezirks und Landespolitik bis in den Bundesrat hinein Forderungen stellen muss, um den weiteren Verfall der Renten zu stoppen, bzw. das untere Rentenniveau muss angehoben werden. Wenn nun in der Gesetzgebung festgelegt ist, dass zukünftig keine Ab-

schläge mehr bei Erwerbsminderungsrenten vorgenommen werden sollen, ist das für folgende Rentner erfreulich, daraus ergibt sich, dass die Bestandsrenter mit Erwerbsminderungsrenten weiterhin schlechter gestellt sind, da deren Renten nicht verbessert werden.

Eine weitere Untersuchung bezieht sich auf die Wohnbedingungen. Hier wurden die Ansprüche, Vorstellungen und die Zufriedenheit untersucht. Gerade für MmB ist das ein wichtiges Kriterium, sich im Wohngebiet zu bewegen und zu treffen. MmB sind zu 52% zufriedener mit den Wohnbedingungen, als die 48% der MoB. Unzufriedenheit mit den Wohnbedingungen von 4 zu 5%, ist in beiden Gruppen etwa gleich ausgeprägt. Die Zufriedenheit in Marzahn-Hellersdorf ist etwa gleich strukturiert bei MmB und MoB.

Wie ist die Wohnperspektive im Alter, muss die Wohnung noch mal gewechselt werden? Die Bereitschaft bei MoB und MmB im Alter nochmal die Wohnung zu wechseln ist gleich ausgeprägt. Die Zufriedenheit mit den Wohnbedingungen ist bei MmB höher ausgeprägt, als bei MoB. Das bedeutet, dass MmB sich rechtzeitig auf ihre Alter eingerichtet und bestimmte Voraussetzungen geschaffen haben, um im Alter in der Wohnung verbleiben zu können. Dass eine Wohnung behindertengerecht ist sagen 40% der Befragten. Hier ist offenbar die Art der Behinderung noch nicht ausreichend berücksichtigt, zumindest wurden bei Beantwortung der Frage, weder die Art der Behinderung, noch die Fülle der daraus entstehenden Probleme in einem ausreichendem Maß berücksichtigt. Der Wunsch im Alter in der Wohnung zu verbleiben ist vorherrschend. Nur wenn es nicht mehr anders geht kann ein Wohnungswechsel in Betracht kommen. Über 50% der Menschen möchten im Alter mit mobilen Pflegediensten in der eigenen Wohnung versorgt werden. 33% der Befragten wünschen sich eine barrierefreie Wohnung bzw. eine Wohnraumanpassung, die das Leben unter ihren Bedingungen möglich macht. Diese Ergebnisse müssen den Wohngesellschaften und privaten Wohnungsunternehmen vermittelt werden, damit sie die notwendige Unterstützung für die Menschen bereitstellen.

Es ist schon viel getan worden. Hier seien genannt, die Rollator-Häuschen, Umbauten, Aufzüge wurden angebaut, Umrüstung von Bädern von Wanne auf Dusche und Unterstützung bei verschiedenen Wohnraumanpassungen. Leider gibt es auch Negativbeispiele, wo mehr Druck von der Öffentlichkeit, den Behindertenverbänden und der Bezirkspolitik aufgebracht werden muss. „Schwarzen Schafe“, die einen behindertengerechten Umbau erschweren, dürfen sich mit ihrer Haltung nicht durchsetzen.

Bei der gesundheitlichen Betreuung gibt es eine hohe Zufriedenheit mit 80%. Die Zufriedenheit bezieht sich auf die Hausärzte, Apotheken, physiotherapeutische Angebote, Überweisungen zu Fachärzten bis hin zu stationären Einweisungen. Mit den Überweisungen zu Fachärzten gibt es jedoch das Problem, dass es in einigen Fachrichtungen zu wenige Fachärzte im Bezirk gibt. Die Überweisungen werden z.T. zu Fachärzten in anderen Bezirken die weit vom Wohnort entfernt sind vorgenommen. Auch gibt es eine große Unzufriedenheit, dass keine Zeitnahe Untersuchung bei Fachärzten möglich ist. Erschwert wird dieses Problem, weil viele Fachärzte in andere „lukrative“ Bezirke abgewandert sind. Auch bei der Röntgendiagnostik gibt es einige Defizite die beseitigt werden müssen. Durch den Druck von Politik und der Kassenärztlichen Vereinigung ist eine große Facharztambulanz am UKB entstanden. Das ist aber noch nicht ausreichend, denn der Bezirk hat über 248.000 Bürger.

Ein Problem ist, das zu wenige Hausärzte Hausbesuche machen. Probleme entstehen auch dort, wo Menschen alleine leben, die dadurch keine ausreichende Betreuung im Krankheitsfall haben. Wenn der Partner fehlt, kommen die Kinder in Betracht, Freunde oder Nachbarn. Die Analyse zeigt, dass es auf dem Gebiet große Defizite gibt. Ambulante Pflegedienste, und Dienste zur häuslichen Versorgung sind von einem Teil der Betroffenen finanziell nicht zu stemmen. 10% der Befragten haben niemanden,

der die Betroffenen unterstützen kann. Hier setzt die Verantwortung ein, dass in der Daseinsvorsorge gemeinsam mit dem Gesundheitsamt und den Hausärzten erhoben werden muss wie die Versorgung im Krankheitsfall gewährleistet werden kann. Notwendige Hilfe im Krankheitsfall muss ganz klar benannt werden. Bei den Betroffenen fehlt oft die Kenntnis, wer ihnen im Krankheitsfall hilft. Viele kennen die Ansprechpartner, wie z.B. die Pflegestützpunkte nicht. Es ist erforderlich aufzuklären, wie bekomme ich Hilfe, wo kann ich mir Hilfe holen. Wichtig ist die Stärkung der nachbarschaftlichen Beziehungen, besonders dort wo ältere Menschen wohnen. Es wird eine ganz konkrete Übersicht benötigt, wer durch Alleinsein gefährdet ist, da sie keinerlei Hilfe bekommen können. Ärzte sind freie praktizierende Unternehmer, die nicht vom Bezirk angewiesen werden können, sich intensiver um die betroffenen Menschen zu kümmern.

Es wurde abgefragt, was tun sie selbst für ihre Gesundheit. Nicht mehr rauchen sagte 47% der MmB, dagegen Rauchen 57% der MoB weiter. Gesundheitsbewusst essen und ausreichend Schlaf geben mehr MmB an. Bei privaten Erholungsreisen sind MoB wesentlich aktiver, was sich aus der besseren Einkommenslage erklärt, bei den sozialen Kontakten sind MoB auch im Vorteil. MmB sind in dieser Beziehung eher eingeschränkt. Hier kommt es darauf an, dass in den Wohngebieten Möglichkeiten der Förderung von Kontakten und Geselligkeit initiiert und gefördert werden, um das soziale Wohlbefinden zu fördern. Regelmäßige Vorsorgeuntersuchungen werden von der Gruppe der MmB wesentlich aktiver wahrgenommen. Bei regelmäßigem Sport gibt es bei MmB bekannte Einschränkungen. Die Nutzung von privaten Kuren oder mal Wellness scheitert oft am Einkommen, sowohl bei Behinderten und nicht behinderten Personen.

Gesundheitliche Aufklärung, Ernährungsschulung, Förderung des gesundheitlichen Bewusstseins und Einsichten zur Selbsthilfe müssen verstärkt werden. Hier ist bei der Analyse der Eindruck entstanden, dass es im Bezirk schon besser funktioniert hat. Hier sollte in der zukünftigen Arbeit einiges verbessert werden.

Zu den Bedingungen im Wohngebiet gibt es eine sehr differenzierte Wertung. 17% der MmB geben hier konkrete Bedarfe an. Das betrifft Haltestellen, Bänke in Haltestellen, taktile Elemente für Sehbehinderte zur besseren Orientierung, Bordsteinabsenkungen, die farbliche Kennzeichnung von Bordsteinabsenkungen, fehlende Aufzüge in öffentlichen Gebäuden. Bedarf wird auch gesehen im Hinblick auf öffentlichen WCs, mehr Bänke zum Verweilen, bessere Beleuchtung im öffentlichen Raum. Hier ist aber schon im Rahmen des Infrastrukturberichts einiges aufgegriffen worden.

Diskussion, Fragen und Antworten

Verschiedene Bürger meldeten sich zu Wort. Ein besonderer Schwerpunkt waren Fragen und Probleme wegen dem Abriss einer Nettokaufhalle in der Kienbergstr. 21. Hier ist durch den Abriss und der Planung von Wohnungen das Problem entstanden, dass die wohnortnahe Versorgung nicht mehr gewährleistet ist. Wege zum Einkauf in einer über 600 m entfernten Kaisers Kaufhalle sind gerade für Ältere und behinderte Menschen problematisch. Der Weg durch den Park ist unzumutbar. Ältere Wege wurden beseitigt, so dass man bei den verbliebenen Resten kaum zur Einkaufseinrichtung durch kommt. Selbst über die Allee der Kosmonauten kommen die Bürger nicht ungehindert zum Einkauf, da diese Seite der AdK im Winter schlecht geräumt war. Ein in dieser Angelegenheit initiiertes Bürgerentscheid war leider ungültig. Eine Anfrage an die Partei „die Linke“ ergab, dass diese aktuell keine Einflussmöglichkeit sah. Auch Rücksprachen mit der BVV und dem damaligen Bürgermeister Komoß haben nichts gebracht.

Frau Dr. Haupt ist über die Verfahrensweise sehr verwundert. Sie ist der Meinung, dass man dort noch mal nachhaken sollte. Wenn die wohnortnahe Versorgung nun nicht mehr gewährleistet ist, sollte man prüfen, ob im Erdgeschoss des geplanten Wohnhauses eine Einkaufsmöglichkeit geschaffen werden kann.

Frau Dr. Haupt bestätigte nochmal auf Nachfrage, dass die Entwicklung der Menschen mit Behinderungen besonders in hohem Alter ausreichend berücksichtigt wird.

Ein Gast stellt fest, dass diese Studien, wie die von Frau Dr. Haupt nicht weiterhelfen, wenn die wohnortnahen Bedingungen, besonders zum Einzelhandel nicht ausreichend berücksichtigt werden. In einzelnen Bereichen sind die wohnortnahen Bedingungen in den letzten Jahren sogar schlechter geworden.

Frau Dr. Haupt betonte nochmal, dass der demografische Wandel zum Umdenken zwingt. Besonders in den Wohnort nahen Bedingungen wie Einzelhandel, Begegnungsstätten, Gesundheitsversorgung und in vielen anderen Dingen gibt es einen hohen Nachholbedarf.

Von einem Anwesenden wurde nach der Anwesenheit eines Vertreters des Bezirksamts gefragt.

Hier meldete sich der Behindertenbeauftragte für den Bezirk, Herr Matthias Flender zu Wort. Herr Flender erläuterte kurz seine Aufgabe im Rahmen seiner Arbeit. Seine Handlungsempfehlungen an die Politik werden leider nicht so umgesetzt, wie es erforderlich wäre. Auch die Vorschläge und Empfehlungen, die auch von den Bürgern kommen, werden aus verschiedenen Gründen nicht so behandelt wie es erforderlich wäre.

Herr Holzmann erklärte, dass er das Problem mit der Einkaufseinrichtung Kienbergstr. 21 vom Bürgerhaushalt her kennt. Auch die Bürgerinitiative ist ihm bekannt und wurde deshalb auch in den Bürgerhaushalt aufgenommen.

Im Wohngebiet im Bereich Kienbergstr. Wurden in den letzten Jahren bei einigen Immobilienverkäufen auch Wegerechte mit verkauft, so dass Bewohner sich nun über fehlende Wege die früher vorhanden waren beschwerten. Alle Rücksprachen mit dem Bezirksamt waren erfolglos.

Herr Holzmann teilte mit, dass er das Thema mit der Nahversorgung aufgreifen werde. Die für die Koordinierungsstelle seit kurzem tätigen Strukturhelfer werden beauftragt die Situation vor Ort nochmal gründlich zu analysieren, um Wege zur Veränderung aufzuzeigen. Herr Holzmann wies darauf hin, dass zu allen Bauvorhaben im Bezirk die entsprechenden Baupläne im alten Rathaus am Helene-Weigel-Platz 8 für die Bürger ausgelegt werden. Hier können die Bürger sich die Vorhaben genau ansehen und von ihrem Mitbestimmungsrecht Gebrauch machen. Bei der Planauslage kann jeder Bürger seine Bedenken und Widersprüche beim Bezirksamt einreichen. Das Bezirksamt muss auf diese Widersprüche und Hinweise reagieren. Leider wird das von den Bürgern nicht in ausreichendem Maße wahrgenommen.

Eine Bürgerin, die erst seit 3 Jahren in Marzahn wohnt sich aber aktiv für die Seniorenvertretung interessiert fragte, warum die Hinweise und Beschwerden der Bürger vom Bezirksamt nicht richtig aufgegriffen und beachtet werden. Die Politiker wurden schließlich von den Bürgern gewählt, warum nehmen sie die offenen Fragen und Hinweise der Bürger nicht ernst und reagieren nicht entsprechend auf ihre Belange. Sie rief dazu auf, dass sich alle Senioren an den Wahlen zu den Seniorenvertretungen

beteiligen sollten. Die in diesem Gremium angesprochenen Fragen gehören alle in die Seniorenvertretungen. Sie hat die Erfahrung gemacht, wenn alles rosarot verpackt wird, dann bekommt man Dank und Anerkennung. Wer aber die Dinge beim Namen nennt macht sich sehr schnell unbeliebt und man möchte die Kritiker sehr schnell wieder loswerden. Die Bürger sollten nicht bloß zu den Veranstaltungen hin gehen, sondern auch sagen was notwendig ist.

Nach der letzten Wahl wurden die Verantwortungen im Bezirksamt neu festgelegt. Für sie bedeutet das ein Hin und her, bis die Verantwortlichen sich eingearbeitet haben werden schon die nächsten Wahlen durchgeführt. Sie forderte nochmal dazu auf, sich an den Wahlen der Seniorenvertretungen zu beteiligen und anschließend diese Vertretung zu nutzen, um die Fragen und Probleme offen anzusprechen.

Herr Brotzmann fand den Bericht von Frau Dr. Haupt sehr interessant. Einige Zahlen zur prognostischen Entwicklung fand er bedenklich, insbesondere auch die Einkommensentwicklung. Die angegebene Zufriedenheit von 50 % mit den barrierefreien Bedingungen ist wahrscheinlich zu hoch. Wenn er allein seinen Bereich der hörbehinderten Menschen sieht, gibt es dort erheblichen Handlungsbedarf.

Frau Dr. Haupt gab den Einwand, dass die Studie keine Behindertenstudie war. Unter Berücksichtigung von bestehenden Behinderungen wäre einiges anders geworden. Die Einbeziehung von Behinderungen in der Studie wäre in der kurzen Zeit nicht möglich gewesen.

Herr Brotzmann führte weiter aus, dass es wichtig ist die Teilhabe nach Nutzbarkeit zu bewerten. Als Beispiel nahm Herr Brotzmann die Kommunikation im Aufzug für Hörbehinderte, wenn dieser gestört ist. Hörbehinderte können sich in den meisten Aufzügen mit dem Notdienst nicht bemerkbar machen.

Es wurde nochmal gefragt, wie die Auswahl der zu befragenden Personen durchgeführt wurde und ob Wohnungslose in die Studie mit einbezogen waren.

Frau Dr. Haupt stellte dar, dass die Auswahl gemeinsam mit dem Amt für Bürger und Ordnungsangelegenheiten über ein PC basierten Suchprogramms erfolgte. Wohnungslose ohne Wohnsitz waren deshalb nicht dabei. Wohnungslose in Wohnheimen konnten in der Studie berücksichtigt werden, zu Wohnungslosen auf der Straße besteht kein Zugang.

In diesem Zusammenhang berichtete Herr Holzmann, dass es zu Behinderung bei geflüchteten Menschen keine Erhebungen gibt, weshalb darüber keine Zahlen vorliegen. Hier ist wiederum die Politik gefordert, die Frage wieviel behinderte Menschen gibt es unter den geflüchteten Menschen.

Es wurde die Frage gestellt, was unter Befriedigung realer Bedürfnisse zu verstehen ist. Manche Bürger haben nicht mal das Bedürfnis in einen anderen Stadtteil zu fahren, weil sie da noch eine Fahrkarte kaufen müssen.

Frau Dr. Haupt erläuterte dazu, dass es sich um eine statistische Standardformulierung handelt. Hier werden die Dinge erfasst, die zum täglichen Leben gehören. Der Erwerb von teuren Konsumgütern oder teuren Reisen gehören nicht dazu. Es geht um die Möglichkeit der Existenzsicherung, der normalen Teilhabe wo man auch mal in der Stadt unterwegs sein kann. Es ist auch bekannt, dass Menschen die unter der Armutsgrenze leben sich überlegen, ob sie mal zum Potsdamer Platz fahren.

Frank Holzmann stellte nochmal die Frage Bedarf und Bedürfnisse gegenüber. Oft kommt von den Bürgern die Frage nach einem Gemüsehändler im Kiez, weil dort die Ware frischer ist. Jedoch sind dort die

Preise höher und die Menschen holen dann ihr Gemüse im Supermarkt. In einem anderen Beispiel geht es um die Forderung nach einem Restaurant im Bezirk. Dort kostet ein Glas Bier 3,50 € und die Leute sagen dann, nein mein Bier bekomme ich im Supermarkt viel billiger. Bei Veranstaltungen mit älteren Menschen kommt es oft vor, dass sie mit abgezähltem Geld für ein Kaffeegedeck kommen. Dabei wird der Kaffee schon fast zum Selbstkostenpreis angeboten. Festzustellen ist, dass es einige Leute gibt, die wirklich nichts haben. Um hier Teilhabe hinzu bekommen werden einige Dinge schon zu Tiefstpreisen angeboten. Manche Leute möchten auch bei verschiedenen Veranstaltungen wie z.B. bei Busfahrten nicht teilnehmen, weil einfach das Geld fehlt. Hier wurden dann die Leute mitgenommen und die Kosten gemeinsam aufgebracht. Das steht für eine erfolgreiche Unterstützung durch die Nachbarschaft.

Frau Dr. Haupt wurde nach der Anzahl der Studienteilnehmer gefragt. Sie berichtete, dass von 10.000 ausgereichten Fragebogen 1657 ausgefüllt zurückgeschickt wurden. Darunter waren 369 schwerbehinderte Menschen. Daraus folgt, dass es keine Behindertenstudie war. Anregungen und bestimmte Signale für die Lebenslagen und wo es Schwierigkeiten gibt sind daraus trotzdem möglich.

Frank Holzmann zieht die Bilanz, dass es verschiedene Dinge gibt, auf die wir reagieren werden. Veränderungen in der Gesundheitsversorgung hat es bereits gegeben. Am UKB wurde wegen dem starken Andrang in der Rettungsstelle eine Portalpraxis eingerichtet, wo Ärzte eine Vorauswahl treffen, wer wirklich ein Fall für die Rettungsstelle ist. Damit soll ausgeschlossen werden, dass die Rettungsstelle mit Bagatellerkrankungen überflutet wird.

Frau Dr. Haupt wurde gefragt, ob bei Studie immer die gleichen Leute befragt werden. Sie antwortete, dass immer andere Menschen ausgewählt wurden. Auch nach der Frage der Relevanz der erhobenen Daten muss davon ausgegangen werden, dass hier auf die Wahrheitsgemäße Beantwortung gesetzt werden muss. Hier werden nach dem Zufallsprinzip die Daten erhoben. Ein Vergleich der Studie mit den vorhandenen Daten der Statistik ergab, dass es kaum Abweichungen in den erhobenen Daten gibt und somit die Studie die offiziell erhobenen Daten mit abbildet.

Es gab noch einen Hinweis, dass es zu haushaltsnahen Dienstleistungen besonders gute Beispiele gibt. In den Wohnungen der HOWOGE sind besonders viele Hausmeister, die einen guten Kontakt zu den Mietern haben und kostenlose Hilfe bereitstellen. Dadurch werden Probleme rechtzeitig erkannt und es kann darauf reagiert werden. In der DEGEWO gibt es solche Dinge nicht. Im Internet gibt es verschiedene Nachbarschaftsnetzwerke die man nutzen kann. Hier kam der Hinweis, dass viele ältere kaum mit dem Internet umgehen können. Frank Holzmann berichtete, dass es in der HOWOGE ganz viele Hausmeister gibt, die engen Kontakte zu den Mietern pflegen und damit auf Probleme, die die Mieter haben reagieren können. Das System HOWOGE hat ein großes Unterstützungspotential welches beispielhaft ist. Die Entwicklung der landeseigenen Wohnungsgesellschaften ist sehr unterschiedlich. Zu den Fragen des fehlenden Zugangs zum Internet, wies er auf den Computerclub für Senioren im Bezirk hin, wo man sich entsprechend weiterbilden kann.

Zum Abschluss dankte Herr Holzmann den Anwesenden für ihre Teilnahme und der regen Diskussion. Als wesentliche Aufgaben aus diesem Thementisch steht, sich um Fragen der Nahversorgung und um die Mitarbeit der Seniorenvertretungen für die weitere Gestaltung des Wohnumfelds im Bezirk zu kümmern.